

Griechenland – Krise und Widerstand

Vortrag von Tomasz Konicz, 20.4.2010 beim Sozialforum Koblenz

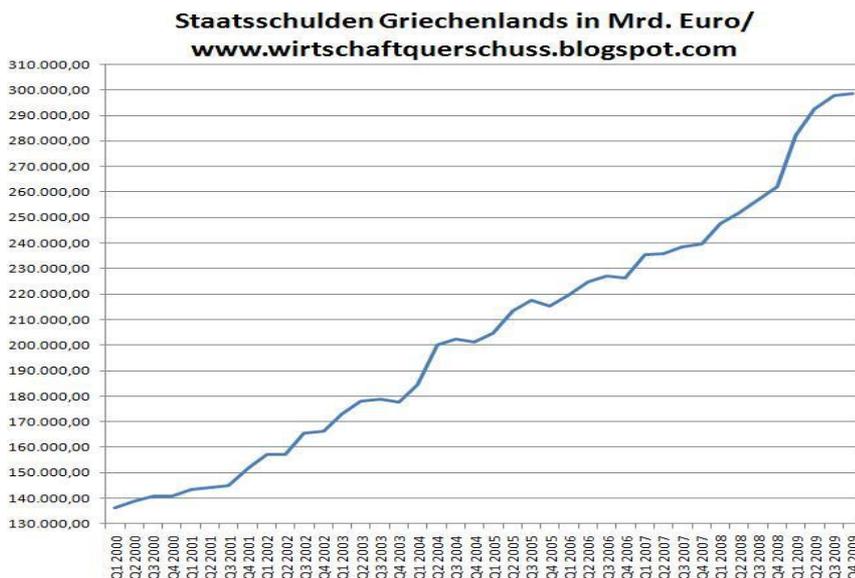
Schönen guten Tag. Ich freue mich, hier vor Ihnen über die jüngste Etappe der Weltwirtschaftskrise referieren zu dürfen. Diese Krise unterlief ja bereits einen gewissen Formwandel. Der Krisenprozess, der sich zuerst als eine Krise der Finanzmärkte äußerte, um später in einen beispiellosen Wirtschaftseinbruch überzugehen, scheint nun zu einer Krise der Staatsfinanzen mutiert zu sein.

Bevor wir nun in die Materie eintauchen, lassen Sie mich eingangs einiges zur **Struktur meines Referats** sagen. Der Vortrag ist in **drei Teile gegliedert**. Zuerst möchte ich einiges zum europäischen Kontext der aktuellen Griechenland-Krise sagen, um anschließend den Charakter der Weltwirtschaftskrise im globalen Rahmen näher zu beleuchten. Im Zuge meiner Ausführungen hoffe ich somit den Blickwinkel auf das Krisengeschehen zu weiten: von der lokalen-, über die europäische- bis zur globalen Perspektive. Abschließend, im dritten Teil meiner Ausführungen, möchte ich einige Thesen zu den Perspektiven und Chancen von Widerstand wie Systemalternativen zur Diskussion stellen.

(I) Griechenland

Kommen wir nun zum ersten Themenkomplex, zur aktuellen Schuldenkrise Griechenlands und den ökonomischen Ungleichgewichten in der Euro-Zone. Meine These lautet, dass Griechenland nur das sprichwörtliche schwächste Glied in der Kette darstellte. Seit Krisenausbruch lassen einbrechende Einnahmen und steigende Ausgaben die Staatsschulden geradezu explodieren. Eine ganze Reihe von Faktoren führte dazu, dass ausgerechnet Griechenland als erster Staat der Eurozone am Rande des Bankrotts taumelt.

(Grafik 01)



Einleitend scheint es deshalb sinnvoll, sich die **Dimensionen dieses Problems** zu vergegenwärtigen. Der griechische Staat ist mit gut 120 % des griechischen Bruttoinlandsprodukts verschuldet. Dieses Niveau der Staatsverschuldung ist sehr hoch, aber bei weitem nicht einzigartig. So ist Italien ähnlich stark verschuldet.

Entscheidend in diesem Zusammenhang ist auch die Dynamik, mit der die weitere Schuldenaufnahme vonstatten geht. Wie hoch ist also das **Haushaltsdefizit** Griechenlands in Relation zum Bruttoinlandsprodukts? Mit -13,6% liegen die Hellenen hier auf Platz 2 nach Irland.

(Graphik 2)

Defizit in der Eurozone 2009

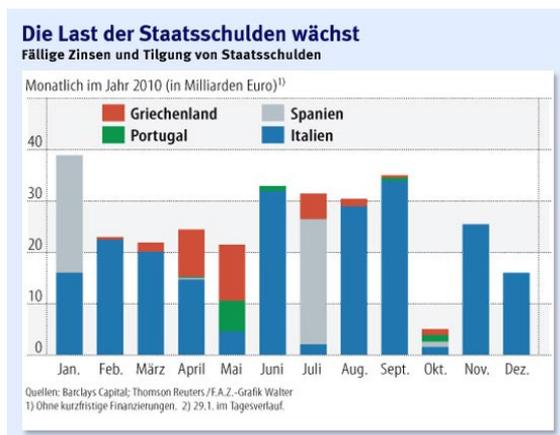
| | |
|-----------------|-------------|
| Irland | -14,3 |
| Griechenland | -13,6 |
| Spanien | -11,2 |
| Portugal | -9,4 |
| Frankreich | -7,5 |
| Slowakei | -6,8 |
| Eurozone | -6,3 |
| Zypern | -6,1 |
| Belgien | -6 |
| Slowenien | -5,5 |
| Italien | -5,3 |
| Niederlande | -5,3 |
| Bulgarien | -3,9 |
| Malta | -3,8 |
| Österreich | -3,4 |
| Deutschland | -3,3 |
| Dänemark | -2,7 |
| Finnland | -2,2 |
| Luxemburg | -0,7 |

(Quelle: EUStat April 2010)

Neben diesen Ländern der Euro-Zone weisen übrigens auch Großbritannien (-11,5%) und die USA (-12,3%) ein zweistelliges Haushaltsdefizit in 2009 auf.

Neben einem bereits bestehenden, hohen Schuldeniveau und der rasant ansteigenden Neuverschuldung, führte natürlich die breit angelegte **Manipulation statistischen Materials** dazu, dass ausgerechnet Griechenland als erstes Land der Eurozone in die akute Schuldenkrise geriet. In der offiziellen Sprachregelung heißt es dann immer wieder gerne, dass Athen das „Vertrauen der Märkte“ verloren habe. Konkret bedeutet dies, dass Athen nicht mehr in der Lage ist, auf den Weltfinanzmärkten seine **Staatsanleihen abzusetzen**, um so die Zahlungsfähigkeit aufrechtzuerhalten.

(Grafik 03)

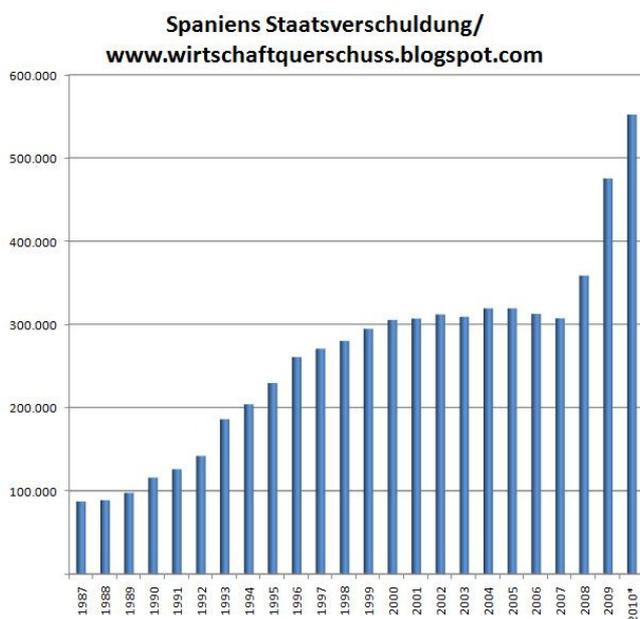


Bei hoch verschuldeten Staaten nimmt natürlich die Last des reinen Schuldendienstes immer mehr zu, wie wir an der Grafik erkennen können. Bei den hier gemeinsam aufgeführten südeuropäischen Ländern erreicht der Schuldendienst bereits Dimensionen von Dutzenden von Milliarden monatlich. Bei Griechenland, hier Rot eingezeichnet, sind vor allem die Monate April und Mai entscheidend, in denen an die 20 Milliarden Euro zur Refinanzierung anstehen.

Bei Griechenland kommen also **zwei Faktoren** zusammen, die in dieser Kombination bei keinem anderen Land der Eurozone anzutreffen sind. Hellas hat ein ähnlich hohes Niveau der Staatsverschuldung wie Italien erreicht, und es weist ein ähnlich hohes Haushaltsdefizit wie Irland auf.

Dennoch stellt Griechenland nur den Extremfall einer breiten Tendenz zur exzessiven staatlichen Verschuldung dar. Nahezu **alle südeuropäischen Volkswirtschaften** der Euro-Zone weisen entweder ein sehr hohes Schuldeniveau, oder eine rasante Verschuldungsrate auf.

(Grafik04)



Neben Griechenland gilt insbesondere **Spanien** als ein weiterer südeuropäischer Krisenherd. An dieser Grafik können wir sehr schön die Explosion der spanischen Staatsverschuldung nachvollziehen. Dennoch muss hier betont werden, dass der spanische Staat vor Krisenausbruch ein sehr niedriges Schuldeniveau aufwies.

Spaniens Staat ist zwar noch nicht über die Maßen verschuldet, dafür stöhnen aber die spanischen **Unternehmen und Spaniens Verbraucher** unter einem riesigen Schuldenberg. Den Löwenanteil nimmt dabei die Verschuldung spanischer Unternehmen jenseits des Finanzsektors ein, die allein 136 Prozent des BIP erreicht. Die Konsumenten sind mit 85 Prozent des BIP verschuldet. Somit gehört Spanien – nach Japan, Großbritannien und den USA – zu den am stärksten verschuldeten Industrieländern der Welt.

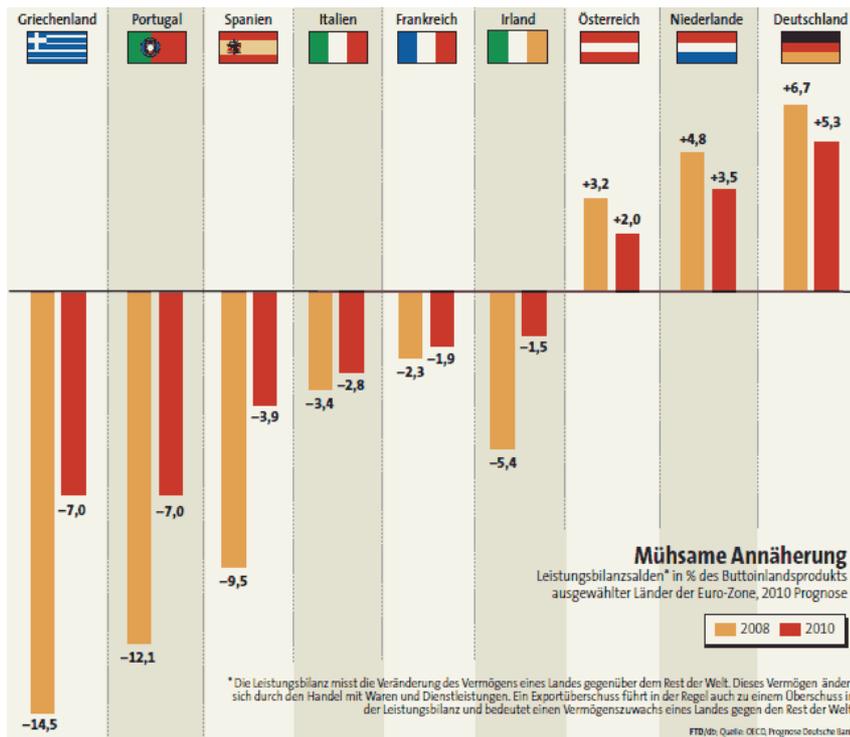
Wir haben nun in Griechenland einen stark verschuldeten Staat, und in Spanien tief in der Kreide stehende Unternehmen und Konsumenten. Was nun Spanien und Griechenland eint, das sind volkswirtschaftliche Effekte, die mit dieser Verschuldungsorgie der vergangenen Jahre einhergehen. Beide Länder bildeten eine **Defizitkonjunktur** aus. Unter diesem Begriff versteht man einen Konjunkturaufschwung, der durch die

Ausbildung von Defiziten zustande kommt. Salopp gesagt: Der Aufschwung wird durch Schuldenmacherei ermöglicht. Der private Sektor oder der Staat nimmt Kredite auf, gibt dieses Geld aus und schafft so kreditfinanzierte Nachfrage, die stimulierend auf die Wirtschaft wirkt. Auf der iberischen Halbinsel wurde diese Defizitkonjunktur durch den boomenden Immobilienmarkt angefeuert, in Griechenland sorgten die kreditfinanzierten Staatsausgaben für eine Wirtschaftsbelebung.

EU-Defizitkreisläufe

Um die Ausbildung dieser Defizitkonjunktur in den südeuropäischen Ländern der Eurozone zu verstehen, müssen wir uns nun den **schweren Ungleichgewichten innerhalb dieser Währungsunion** zuwenden.

(Grafik 05)

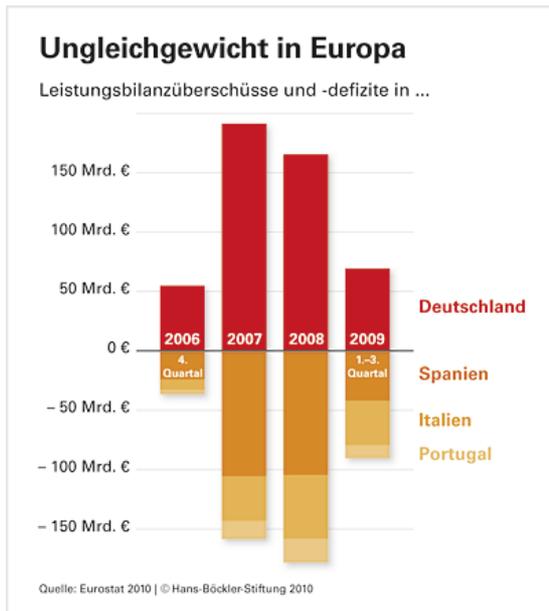


(Quelle: Financial Times Deutschland, 24.3.2010)

Die Grafik stellt Leistungsbilanzen etlicher Länder der Eurozone in 2008 und eine Prognose für 2010 dar. Es fällt auf, dass die südeuropäischen Staaten ein sehr starkes Leistungsbilanzdefizit aufweisen, während die wirtschaftlich starken Länder Deutschland, Niederlande und Österreich einen Leistungsbilanzüberschuss erwirtschaften konnten. Die wirtschaftlich fortgeschrittenen Länder im nördlichen Zentrum der Eurozone konnten also einen Zugewinn an Vermögen verzeichnen, während die ökonomisch schwächeren Staaten einen Abfluss von Vermögen hinnehmen mussten. Erschreckend ist hier natürlich das griechische Defizit in der Leistungsbilanz, dass ja allein in dem Jahr 2008 nahezu 15 % der Wirtschaftsleistung betrug. Soviel sei schon mal vorab gesagt: Dieser Vermögensabfluss von rund 15 % muss durch Schuldenaufnahme finanziert werden.

Natürlich spielt **Deutschland** aufgrund seines ökonomischen Gewichts bei diesen Ungleichgewichten in der Leistungsbilanz eine zentrale Rolle.

(Grafik 06)



In dieser Grafik sehen wir oben die Leistungsbilanzüberschüsse der Bundesrepublik, und unten die Defizite dreier südeuropäischer Staaten – hier leider ohne Griechenland. Wie wir sehen, verhalten sich deutsche Überschüsse und die südeuropäischen Defizite nahezu spiegelverkehrt.

Um hier noch mal auf Griechenland zu sprechen zu kommen: Im Rahmen der jüngsten Hilfsmaßnahmen für Griechenland wurden vom IWF und europäischen Staaten Kreditzusagen in Höhe von 30 Milliarden Euro vereinbart. Bekanntlich soll ja **Berlin im Notfall Kredite von acht Milliarden Euro** bereitstellen, sobald in Athen der akute Staatsbankrott droht – was ja an deutschen Stammtischen für heftige Empörung sorgte. Ironischerweise entspricht diese Summe in ungefähr den 8,3 Milliarden Euro, auf die sich allein in 2008 deutsche Exporte nach Griechenland summieren. Griechenland exportierte im Gegenzug Waren im Wert von nur 1,9 Milliarden Euro in die Bundesrepublik.

Die in den Grafiken dargelegten Leistungsbilanzdefizite der südeuropäischen Staaten sind zuvorderst Handelsdefizite. Selbstverständlich stellt die Handelsbilanz den wichtigsten Posten innerhalb der Leistungsbilanz dar, die ja noch Dienstleistungen und Geldüberweisungen erfasst.

(Grafik 07)

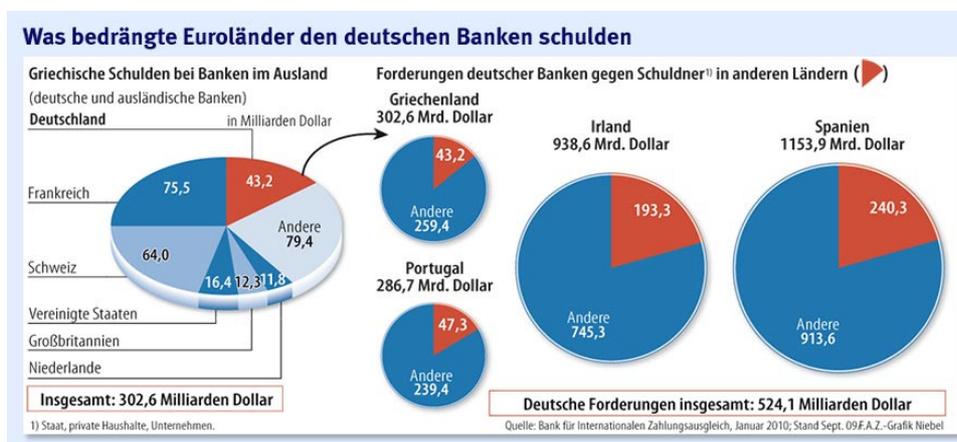


Für den ehemaligen „Exportweltmeister“ Deutschland, der erst in 2009 von China auf die Plätze verwiesen wurde, bildet die Europäische Union den wichtigsten Absatzmarkt. Rot werden in dieser Grafik die deutschen Exporte, blau die deutschen Importe dargestellt. Wie wir sehen können, bildete die **Bundesrepublik im vergangenen Jahr mit nahezu allen Ländern der EU Handelsüberschüsse** aus. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass hier Deutschlands Exportmaschine schon etwas langsamer lief, da die Weltwirtschaftskrise weltweit die Nachfrage auch nach deutschen Gütern dämpfte.

Um sich die Dimension noch mal zu verdeutlichen: In 2008 sollen sich die Exportüberschüsse der BRD nur gegenüber der Eurozone auf rund 100 Milliarden Euro belaufen haben.

Die Exportüberschüsse Deutschlands sind die Defizite der Importländer. Die unter Druck geratenen südlichen Volkswirtschaften der Eurozone mussten ja irgendwie für die deutschen Waren aufkommen, die ihre Märkte überschwemmten. Dieses geschah über private oder staatliche Defizitbildung – also durch Verschuldung.

(Grafik 08)



Dabei war es nicht zuletzt **deutsches Finanzkapital**, dass diese Defizitkonjunkturen vermittelt großzügiger Kreditvergabe finanzierte. Deutsche Institute halten beispielsweise in Griechenland Forderungen in der Höhe von 43 Milliarden US-Dollar. In Portugal sind es 47 Milliarden und in Spanien sind es sogar 240 Milliarden Dollar. Im Falle Griechenlands sind auch französische Banken und Schweizer Finanzhäuser stark engagiert. Hier erst schließt sich der Kreis der besagten südeuropäischen Defizitkonjunkturen zu einem **Defizitkreislauf**. Die ökonomisch überlegenen Volkswirtschaften des nördlichen Zentrums der Eurozone – allen voran die BRD - konnten nicht nur enorme Handelsüberschüsse mit Südeuropa erwirtschaften, ihre Finanzsektoren profitierten noch zusätzlich von der Kreditvergabe an den griechischen Staat oder an spanische Unternehmen, Hypothekennehmer und Konsumenten. Während von Deutschland aus die Warenströme in den Süden der Eurozone flossen, strömten in der Gegenrichtung griechische, spanische und portugiesische Wertpapiere in die Banktresore deutscher Finanzinstitute – seien es Staatsanleihen, Hypothekenverbriefungen oder Konsumentenkredite.

Diese riesigen Handelsüberschüsse der deutschen Exportindustrie wurden in dieser Dimension erst mit der **Einführung des Euro** möglich. Die europäische Gemeinschaftswährung nahm den südlichen Euro-Ländern die Möglichkeit, mittels einer **Währungsabwertung** die Konkurrenzfähigkeit ihrer Wirtschaft zumindest teilweise wiederherzustellen. Diese Währungsabwertungen waren beispielsweise in Italien vor der

Euroeinführung durchaus üblich.

Krisenverschärfend kommt noch hinzu, dass **Griechenland aufgrund der Euro-Einführung die Kontrolle über die Geldpolitik verloren** hat. Athen ist somit nicht in der Lage, die eigenen Staatsanleihen aufzukaufen und durch diese Gelddruckerei den Staatsbankrott aufzuschieben. Genau diese Verfahrensweise hat beispielsweise Großbritannien praktiziert. Die britische Notenbank kaufte die eigenen britischen Staatsanleihen im Wert von 200 Milliarden Pfund auf. Bei der Ausformung der konkreten Bestimmungen der Währungsunion sorgte vor allem die deutsche Politik dafür, dass die Europäische Zentralbank nicht befugt ist, griechische Staatsanleihen aufzukaufen.

Magersüchtige Exportweltmeister

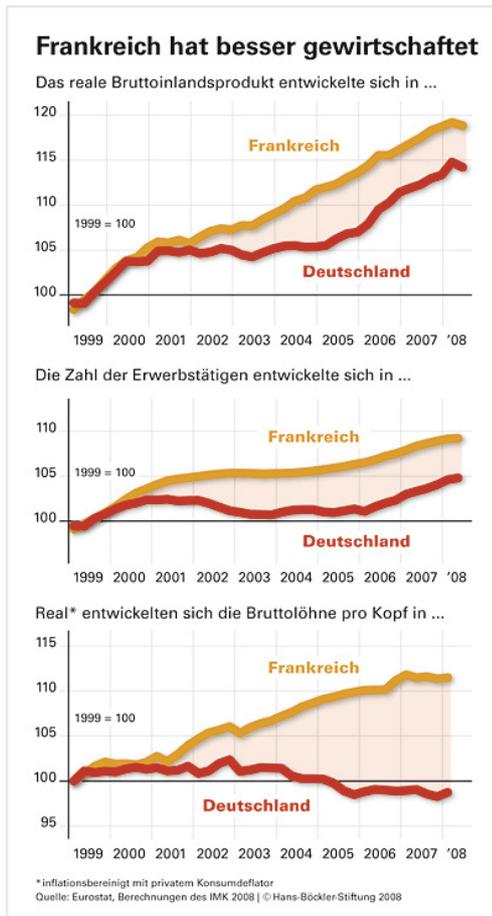
Wie sind nun diese steigenden Exporte der deutschen Exportindustrie möglich?

Ich nenne hier noch mal kurz zwei Zahlen: Der Außenhandelsüberschuss Deutschlands stieg von 159 Milliarden Euro in 2006 auf 198 Milliarden in 2007. Die äußerst erfolgreiche Exportoffensive des deutschen Kapitals wurde vor allem durch eine **Verelendungsstrategie** in Deutschland selber ermöglicht. Hier, in der miserablen Lohnentwicklung in der Bundesrepublik, ist die zentrale Ursache für Deutschlands Exportweltmeisterschaft zu finden. Der Druck auf die Löhne und Gehälter wurde durch **Abschreckung und Disziplinierung** im Rahmen von **Hartz IV** erreicht.

Zum einen wirkt die bewusst kalkulierte Verelendung der ALG II -Bezieher abschreckend auf all diejenigen Lohnabhängigen, die sich Unternehmensforderungen ausgesetzt sehen. Widerstandspotential **in den Betrieben wird so minimiert**. Um einen Abstieg ins totale Elend zu vermeiden, sind vor allem ältere Angestellte bereit, so ziemlich alle Zumutungen auf sich zu nehmen. Andererseits wirkt der als „aktivierende Maßnahmen“ euphemisierte Terror der ARGE - Mitarbeiter gegen die Arbeitslosen. Diese sollen hierdurch zur Annahme jeglicher Arbeit gezwungen werden. Diese Maßnahmen zielten auf den Aufbau eines „Niedriglohnsektors“, auf die Herausbildung einer Klasse von „Working Poor“ nach amerikanischem Vorbild. Beide Maßnahmen zur Senkung des Preises der „Ware Arbeitskraft“ haben einen **durchschlagenden Erfolg erzielt**. Inzwischen schuftet nahezu ein Viertel aller Beschäftigten in Deutschland im Niedriglohnsektor, womit es sogar über dem neoliberal zugerichteten Großbritannien liegt. Dort sind es rund 20 Prozent.

Alle wichtigen statistischen Erhebungen der letzten Zeit weisen darauf hin, dass **Deutschland bei der Lohnentwicklung in der Eurozone das Schlusslicht bildet**. Zwischen 2002 und 2008 stiegen die Bruttolöhne und Gehälter in Deutschland um durchschnittlich 15 Prozent, während sie im europäischen Durchschnitt um 32 Prozent zulegten. Inflationsbereinigt sind die Einkünfte laut dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung sogar regelrecht eingebrochen: Die »Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer« seien demnach zwischen 2000 und 2008 in Deutschland um neun Prozent gesunken. Kein anderes EU-Land hat laut DIW in diesem Zeitraum einen derartigen Einbruch des Lohnniveaus verbucht.

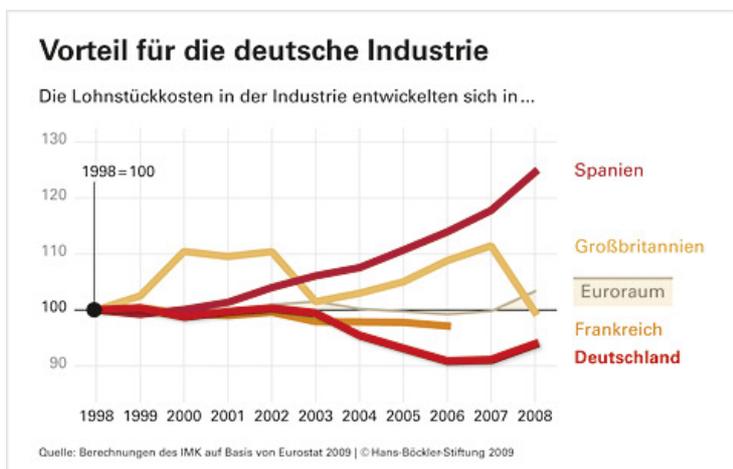
(Grafik 09)



Zu ähnlichen Ergebnissen kommt auch die Hans-Böckler-Stiftung, die sich auf Material des europäischen statistischen Amtes stützt. In der untersten der drei Grafiken sehen wir die Entwicklung der Bruttolöhne pro Beschäftigten zwischen 1999 und 2008. Wie wir sehen, konnten die Lohnabhängigen in Frankreich langfristig ordentliche Lohnzuwächse verbuchen, während die Arbeiter und Angestellten in Deutschland heute weniger verdienen als vor zehn Jahren.

Hier erschließen wir nun die Quelle des Deutschen „Exportwunders“. Dass leicht rückläufige Lohnniveau in Deutschland ging ja einher mit einer Steigerung der Produktivität der deutschen Industrie.

(Grafik 10)

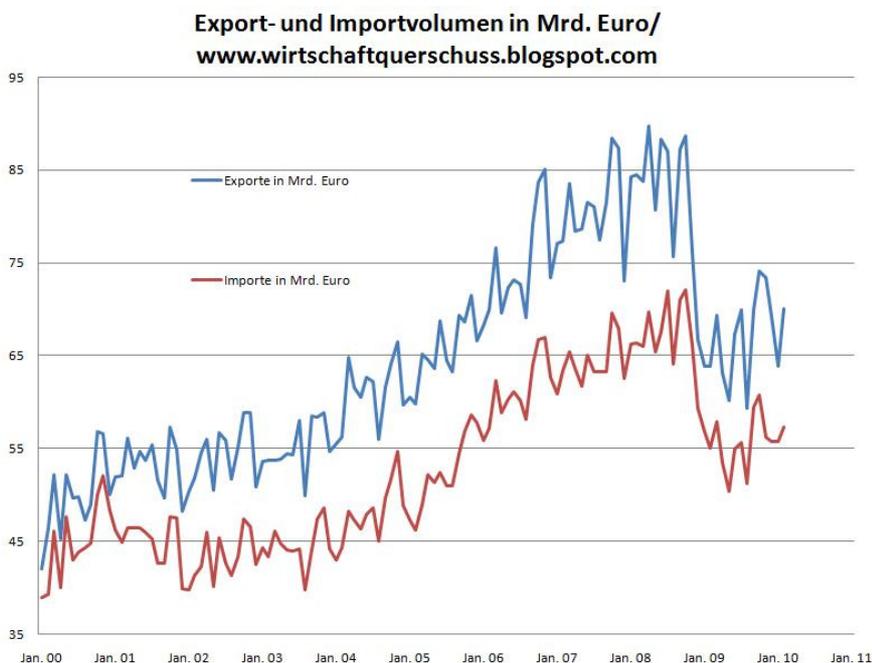


Hieraus ergab sich eine sehr vorteilhafte Entwicklung der **Lohnstückkosten** in Deutschland – also des Anteils der Löhne an den Kosten einer Ware. Während diese im Euro-Raum zwischen 1998 und 2007 nahezu konstant blieben, sanken sie in der Bundesrepublik deutlich.

Deutsche **Waren sind auf den Weltmarkt deshalb so konkurrenzfähig**, weil sie mit hoher Produktivität von – in Relation zu anderen Industriestaaten – gering bezahlten Arbeitskräften produziert werden. Mit anderen Worten wurde die „Exportweltmeisterschaft“ Deutschlands durch eine fallende Lohnquote, ein stagnierendes Lohnniveau, durch einen expandierenden Niedriglohnsektor, durch Mehrarbeit und die allgemeine Hetze gegen Arbeitslose erkaufte. Bei Deutschland handelt es sich sozusagen um einen magersüchtigen Vize-Exportweltmeister. Die **Lohnabhängigen in der BRD** mussten sich die Exportweltmeisterschaft des deutschen Kapitals durch beständiges »Gürtel enger schnallen« vom Munde absparen.

Hier nochmals eine Grafik, die diese aggressive Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik veranschaulicht.

(**Grafik 11**).



Wir können klar erkennen, dass selbst nach dem Kriseneinbruch der **Außenhandelsüberschuss Deutschlands** bestehen bleibt und sich erneut ausweitet. Hier nur kurz zwei aktuelle Zahlen. Der Überschuss in der Handelsbilanz erhöhte sich von circa acht Milliarden Euro im Januar auf 12,6 Milliarden im Februar 2010.

Die jüngsten **Auseinandersetzungen um die Ausgestaltung der europäischen Hilfsmaßnahmen für Griechenland** legten auch die schwelenden Widersprüche innerhalb der EU offen und führten zudem zu einer weiteren Verschärfung der Schuldenkrise in Griechenland. Die Fronten verliefen ziemlich eindeutig. Die deutsche Politik geriet hierbei in Konfrontation mit dem Rest der Regierungen der Eurozone.

In Berlin setzte sich die fixe Idee durch, **Griechenland unbedingt bestrafen zu müssen**. Bei dieser kompromisslosen Linie dürfte auch der Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen eine Rolle gespielt haben.

Deswegen sollten möglichst **harte Bedingungen** an eventuelle Hilfsmaßnahmen für Athen geknüpft werden. Die über Wochen andauernde Unsicherheit rund um den Rettungsplan führte dazu, dass Griechenland immer höhere Zinsen für weitere Kredite zu zahlen hatte. Somit wurden viele der Einsparungen wieder zunichtegemacht, die durch die brutalen Sparmaßnahmen in Griechenland realisiert werden sollten. Nicht nur Griechenland, auch weitere südeuropäische Pleitekandidaten müssen nun bei der Ausgabe von Staatsanleihen weitaus höhere Zinsen hinnehmen.

Um es mal ganz klar **auf den Punkt** zu bringen: Es war die harte Blockadehaltung von Kanzlerin Merkel, die gerade die Zinslast vieler südeuropäischer Länder in unerträgliche Höhen trieb. Wenn Athen seine Staatsanleihen nur noch bei Zinssätzen von 7 % ausgeben kann, dann ist dies selbstverständlich auf längere Sicht nicht durchzuhalten. Damit hat gerade Berlins Politik im Endeffekt die Notwendigkeit von europäischen Rettungsaktionen für Griechenland befördert.

Zusammenfassung

Aus den vorhergegangenen Ausführungen müsste vor allem eins klar geworden sein: Es ist Unsinn, die lohnabhängige **Bevölkerung Griechenland** als eine Ansammlung von faulen „**Schmarotzern**“ darzustellen, die von der harten Arbeit der Deutschen Arbeitnehmer leben würden. Dieses propagandistische Muster fand ja in der hiesigen Boulevardpresse enorme Verbreitung.

Es geht aber auch anders. Ich zitiere hier mal des Spaßes halber aus einem Bericht der Deutschen Welle: „Griechenland steckt unter anderem in einer tiefen ökonomischen Krise: Die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei über 20 Prozent. Hinzu kommen sinkende Einkommen bei denen, die dennoch Arbeit finden. Viele müssen mit 800 bis 1000 Euro im Monat zurechtkommen, trotz Studium. Von der "Generation 700 Euro" ist bereits die Rede. ... Hinzu kommt eine soziale Spaltung des Landes. Ein Fünftel der elf Millionen Griechen lebt unterhalb der Armutsgrenze.“

Wohlgemerkt, dieses Zitat stammt aus dem Dezember 2008, als schwere Unruhen Griechenland erschütterten, nachdem ein Jugendlicher von Polizisten erschossen wurde.

Hier noch einige Fakten zur **sozioökonomischen Lage in Griechenland**: Angestellte erhalten bei einem Vollzeitjob im Durchschnitt gerade einmal 40 Prozent des in Deutschland üblichen Gehalts. Innerhalb der Eurozone sind die Einkommen nur noch in Portugal niedriger als in Griechenland. Der gesetzliche Mindestlohn in Hellas beträgt rund 700 Euro.

Es ist schlicht absurd, hier eine auf Kosten deutscher Steuerzahler ein Lotterleben führende Bevölkerung halluzinieren zu wollen.

Bei der gegen Griechenland losgetretenen Kampagne sind **neoliberale und nationalistische Demagogen** bemüht, die Hoheit über den Stammtischen zu erringen. Hierbei sollen Sündenböcke präsentiert werden, die von den wahren Ursachen der jüngsten Etappe der kapitalistischen Krise ablenken sollten. Es ist nicht zufällig, wenn gerade die schärfsten neoliberalen und rassistischen Einpeitscher – wie Hans-Werner Sinn oder Thilo Sarrazin – sich nun auch am lautesten über die „faulen Griechen“ empören.

Die aggressive, **exportorientierte Ausrichtung der deutschen Industrie** ist sowohl für die schleichende Verelendung breiter Bevölkerungsschichten in Deutschland, wie auch für die griechische Defizitbildung verantwortlich. Sie ermöglichte aber dem deutschen Kapital eine enorme Expansion in Europa.

Wir konnten so sehen, dass **Griechenland nur das schwächste Glied** einer Kette von Staaten bildete, die durch eine ausartende Defizitbildung auf die Exportoffensive deutscher Unternehmen reagierten. Wir haben den Exportvizeweltmeister Deutschland im Zentrum, und die Defizitkonjunkturen Südeuropas in der Peripherie der Eurozone, die durch stetige Verschuldung die Exportüberschüsse Deutschlands aufnehmen. Diese von mir als Defizitkreislauf bezeichnete Außenhandelsstruktur innerhalb der Eurozone ist längerfristig selbstverständlich nicht aufrecht zu erhalten.

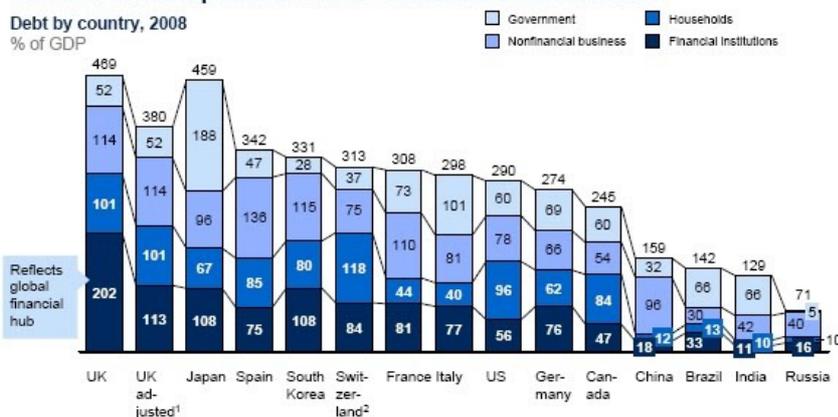
(II) Global-Systemkrise

Dabei ist dieser Defizitkreislauf keineswegs einzigartig oder gar der größte seiner Art. Die **Weltwirtschaftskrise tritt vor allem als eine Schuldenkrise in Erscheinung.**

(Grafik 12)

The sectoral composition of debt differs across economies

Debt by country, 2008
% of GDP

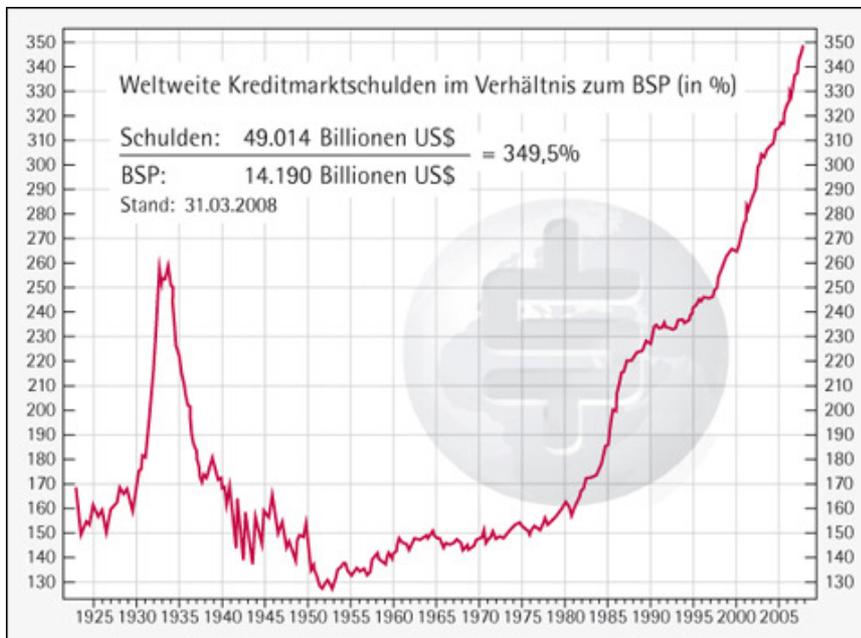


Hier nochmals eine Grafik, die die Gesamtverschuldung etlicher Volkswirtschaften darstellt. Die Verbindlichkeiten werden hier nach Sektoren aufgeschlüsselt und in Prozent des Bruttoinlandsprodukts angegeben. Wir sehen, dass etliche Ökonomien mit mehr als 300 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung verschuldet sind. Auch wenn einige der Angaben hier, vor allem in Bezug auf die USA, veraltet sind, bringt diese grafische Darstellung die ökonomische Funktion von Schuldenbildung sehr gut auf den Punkt. Im Endeffekt ist es egal, ob der Staat, die private Wirtschaft, oder die Konsumenten sich verschulden: Gemeinhin stimuliert diese kreditgenerierte Nachfrage die Wirtschaft und führt zu weiterem Wirtschaftswachstum. Ob nun der amerikanische Staat neue Marschflugkörper ordert, in Spanien zu Spekulationszwecken neue Ferienhäuser gebaut, oder in Osteuropa Konsumentenkredite vergeben werden: All diese Aktionen generieren Nachfrage und beleben die entsprechenden Industriezweige. Um den Charakter der gegenwärtigen Krise besser zu verstehen, möchte ich Sie jetzt dazu einladen, eine etwas **weiter gefasste Betrachtungsperspektive einzunehmen**. Ich möchte jetzt auf **globaler Ebene** einige längerfristige ökonomische Entwicklungen beleuchten. Meiner Überzeugung nach ist die gegenwärtige Systemkrise nur aus ihrem historischen Kontext heraus zu verstehen. Im Folgenden soll argumentiert werden, dass der neoliberale, auf Schuldenmacherei basierende und von den Finanzmärkten dominierte Kapitalismus in Reaktion auf eine Krise der realen, warenproduzierenden Industrie entstand. Ich werde meine wichtigsten Thesen schon mal vorab provokant formulieren: Die Krise ist nicht drei Jahre alt, sondern 30 Jahre alt. Die Ursachen der Krise sind nicht in den Finanzmärkten, sondern in der warenproduzierenden, realen Wirtschaft zu suchen. Die wild wuchernden Finanzmärkte haben nicht die

warenproduzierende Industrie in den Abgrund gerissen, sondern diese bis zum Zusammenbruch der spekulativen Blasenbildung überhaupt am Leben erhalten.

Die gute **Wirtschaftsentwicklung der letzten zwei Jahrzehnte** wurde zum großen Teil durch Verschuldung, durch die Herausbildung einer kreditfinanzierten Massennachfrage befeuert. Und diese Nachfrage wurde gerade vom Finanzsektor generiert. Für die Banken ist eine Expansion der Verschuldung gleichbedeutend mit einer Ausweitung ihrer Märkte, da der Kredit die wichtigste "Ware" der Finanzbranche darstellt. Die wild wuchernden Finanzmärkte ließen somit nicht nur etliche Spekulationsblasen aufsteigen, sondern seit den achtziger Jahren vermittels exzessiver Kreditvergabe ihre eigenen Märkte expandieren. Nach den Ursachen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise befragt, benennt inzwischen beispielsweise der Nobelpreisträger Paul Krugman das Überhandnehmen der Kreditvergabe als den wichtigsten Faktor: „Nun, ich wusste zwar, dass wir in Amerika gewaltige Probleme haben, etwa auf dem Immobilienmarkt mit seinen Billionen-Verlusten. Doch dann wurde klar, dass es sich um eine globale Kreditblase handelte, von den USA bis nach Europa.“

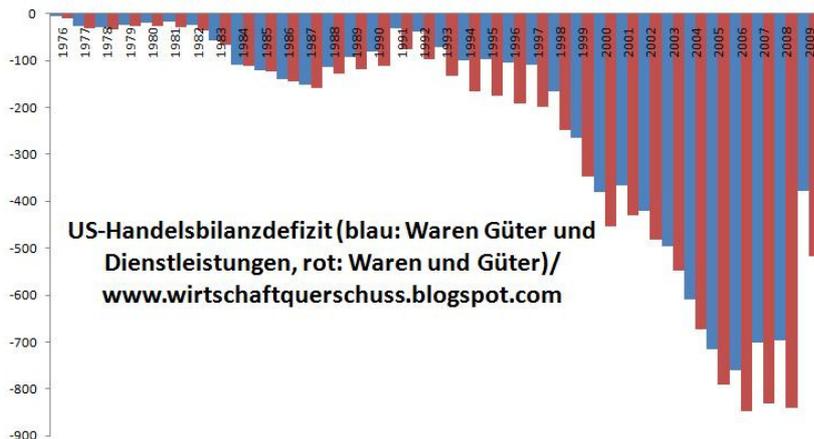
(**Grafik 13**)



Aufgrund der Größe ihrer Volkswirtschaft spielt die **exzessive Defizitkonjunktur in den USA** eine zentrale Rolle. Es ist inzwischen allgemein bekannt, dass die USA besonders hoch verschuldet sind. Dort erreichte die Gesamtverschuldung im März 2008 mehr als 350% des Bruttonationalprodukts. Inzwischen ist auch diese Grafik veraltet, die Gesamtverschuldung der USA liegt bei circa 370 %. Dies ist ein historisch einmaliges Verschuldungsniveau.

Diese beispiellose Defizitkonjunktur in den Vereinigten Staaten fungierte als die wichtigste globale Konjunkturlokomotive der vergangenen Jahre. Ähnlich wie Griechenland oder Spanien bildeten die USA ein Handelsdefizit aus, dass aber gigantische Dimensionen erreichte.

(Grafik 14)

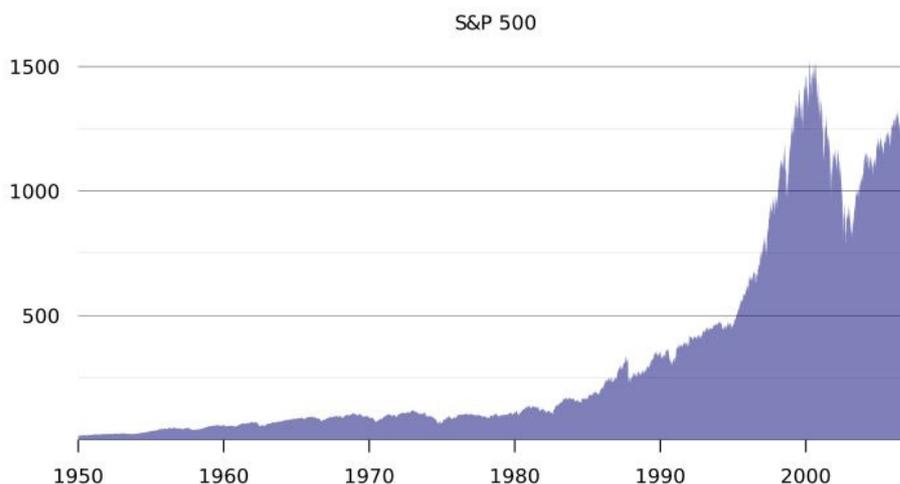


Ich bitte Sie, vor allem die roten Balken in der Grafik zu beachten. Auf dem Höhepunkt ihrer Defizitkonjunktur verzeichneten die Vereinigten Staaten ein Handelsdefizit von nahezu 900 Milliarden US-Dollar. Die USA glichen also einem **schwarzen Loch der Weltwirtschaft**, dass durch sein Handelsdefizit einen Großteil der Überschussproduktion der Welt aufnahm und somit stabilisierend auf das gesamte kapitalistische Weltsystem wirkte.

Die **Umriss der globalen Außenhandelsstruktur** dürften sich nun abzeichnen, die tatsächlich von Defizitkreisläufen gekennzeichnet war. Exportorientierte Volkswirtschaften führen ihre Produktionsüberschüsse in sich immer weiter verschuldende Zielländer aus. Diese Defizitkreisläufe nahmen bis zum Krisenausbruch an Intensität zu – in den USA wie in Griechenland.

Wie wir sehen, handelte es sich hierbei um einen langfristigen, jahrzehntelangen Prozess, der auch mit einem explosiven **Wachstum der Finanzmärkte** einherging.

(Grafik 15)



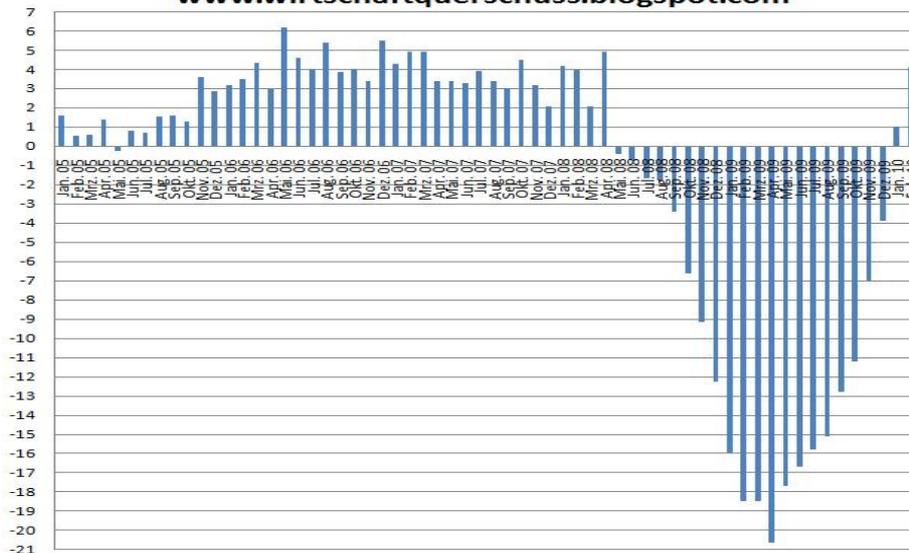
Die etlichen Spekulationsblasen generierten ebenfalls kurzfristig Nachfrage und belebten – bis zu ihrem Zusammenbruch – ebenfalls die warenproduzierende Wirtschaft. Als ein Beispiel von vielen für die finanzielle Explosion seit den achtziger Jahren, hier die Entwicklung des sehr breit gefassten amerikanischen Aktienindex SP500, in dem die Aktienwerte der 500 größten US-Unternehmen zusammengefasst sind. *Wir können eindeutig erkennen, wie ab den achtziger Jahren der Index immer stärker ansteigt. Dieser*

Börsenaufschwung nimmt ab den neunziger Jahren exzessive Züge an. Erkennbar sind auch die Zusammenbrüche im Gefolge der geplatzten Regulationsblase in 2000 und der erneute Aufstieg im Verlauf der Immobilien-Spekulation. Vor allem bei der amerikanischen Immobilienblase wirkte sich diese Spekulation belebend auf die reale Wirtschaft aus: Es wurden ja tatsächlich Häuser gebaut, was vielfältige Effekte auf etliche Wirtschaftsbranchen zeitigte.

Was passierte denn nun, als dieser **schuldenfinanzierte Turmbau zu Babel auf den Finanzmärkten zusammenbrach?**

(Grafik 16)

**Industrieproduktion in der Eurozone in % zum Vorjahresmonat/
www.wirtschaftsquerschuss.blogspot.com**



Sobald die Finanzmärkte nach der Pleite von Lehman Brothers in Schockstarre übergingen und global die Kreditvergabe einbrach, wandelte sich die Finanzkrise in eine Wirtschaftskrise. Hier sehen wir beispielsweise den gewaltigen Einbruch in der Industrieproduktion der Eurozone, die im Jahresvergleich um mehr als 20 % schrumpfte. Der Zusammenbruch des kreditfinanzierten Schneeballsystems ließ die Nachfrage einbrechen, die Industrieproduktion kollabierte und dies hatte folglich auch die ersten massenhaften Entlassungen von Arbeitskräften zur Folge – vor allem in den USA.

Was nun folgte, war eine „**Verstaatlichung dieser Defizitkonjunktur**“, indem die meisten Staaten in den Industrieländern enorme Konjunkturpakete auflegten.

(Grafik 17)

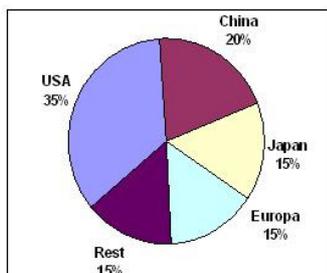
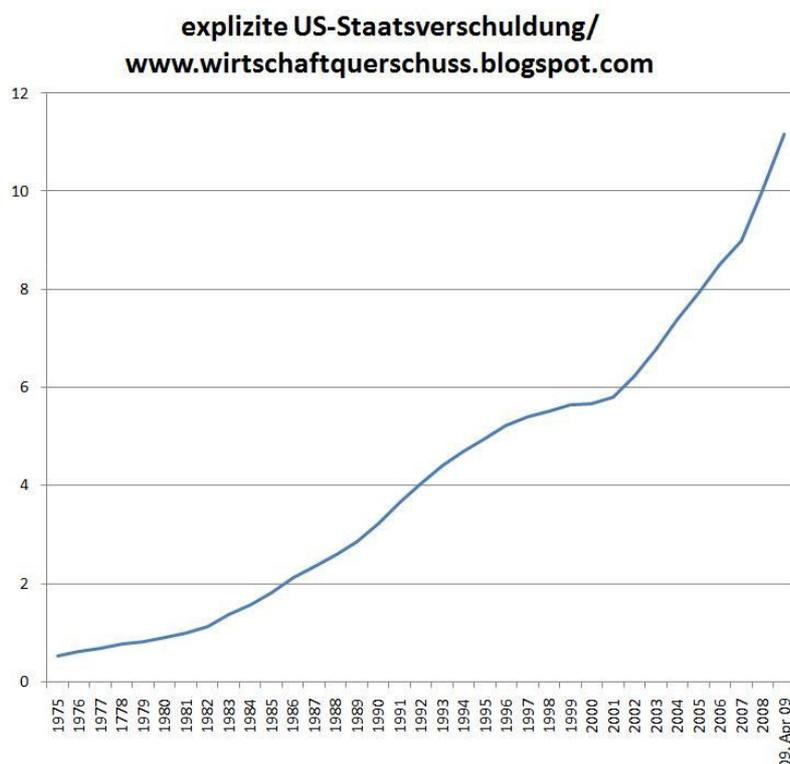


Abb. 1 Verteilung des 3-Billionen-Dollar-Konjunkturpakets

(Quelle: Institut für Weltwirtschaft, Kiel, 1.4.2009)

Die staatlichen Konjunkturprogramme erreichen auf globaler Ebene tatsächlich enorme Dimensionen. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW) beziffert den weltweiten Umfang der staatlichen Konjunkturlösungen auf rund drei Billionen US-Dollar. Dieser gigantische staatliche Nachfrageschub entspricht laut IfW ca. 4,7 % des Welteinkommens. Es ist somit klar, dass hier im globalen Maßstab eine „Verstaatlichung“ der vormals durch private Verschuldung betriebenen globalen Defizitkonjunktur stattgefunden hat. Diese staatlichen Konjunkturprogramme können aber nicht in alle Ewigkeit fortgesetzt werden. Die 4,7 % des Welteinkommens umfassenden Konjunkturpakete entsprechen auch einer staatlichen Verschuldung von 4,7 % des Welteinkommens. Hinzu kommen ja noch die teilweise weitaus höheren Kosten zur Stabilisierung des Weltfinanzsystems, die im Gefolge der Finanzkrise auf die Steuerzahler zukommen. Immerhin müsste jetzt klar geworden sein, wieso die Weltwirtschaftskrise bisher den **eingangs angesprochenen Formwandel** durchmachte: Wieso also der Krisenprozess zuerst als eine Finanzkrise auftrat, um danach in einen Wirtschaftseinbruch überzugehen, der schließlich von der gegenwärtigen Krise der Staatsfinanzen abgelöst wird: „Vater Staat“ sprang mit seinen Konjunkturprogrammen schlicht in die Bresche, als die durch die Finanzmärkte organisierte Defizitkonjunktur zusammenbrach.

(**Grafik 18**)



Hier noch eine Grafik, die die Schuldenexplosion der USA illustriert.

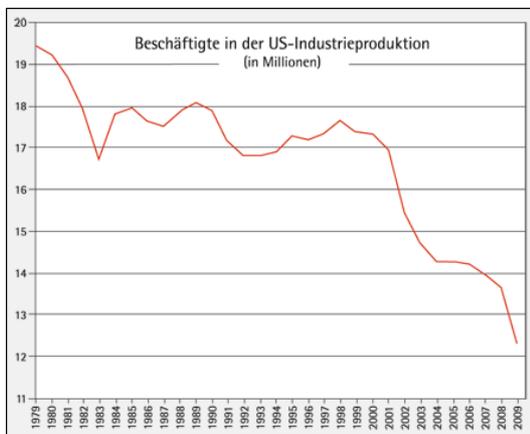
Griechenland ist nun bei weitem nicht das erste Opfer dieser Krise der Staatsfinanzen. Schon bei Krisenausbruch mussten ja etliche Länder Osteuropas durch Interventionen des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank vor dem Staatsbankrott bewahrt werden. Es ist aber so, dass sich der Krisenprozess von der Peripherie ins Zentrum frisst. Die Einschläge kommen sozusagen immer näher. Mit Griechenland steht erstmals ein Land der Eurozone am Abgrund.

Doch zurück zur globalen Perspektive. **Die Preisfrage** lautet nun: Wieso kann das spätkapitalistische

Wirtschaftssystem sich ohne Verschuldung nicht mehr reproduzieren? Sobald die - private oder staatliche - schuldengenerierte Nachfrage weg bricht, setzt eine sich selbst verstärkende Abwärtsspirale ein, in der Überproduktion zu Massenentlassungen führt, die wiederum die Nachfrage senken und weitere Entlassungswellen nach sich ziehen.

Meine These, die ich auch hier ausdrücklich zur Diskussion stellen will, lautet nun: Der Kapitalismus ist zu produktiv für sich selbst geworden. Dieses System stößt an eine innere Schranke seiner Entwicklung. Die immer schneller um sich greifende **Rationalisierung und Automatisierung** führt dazu, dass immer mehr Waren in immer kürzerer Zeit durch immer weniger Arbeitskräfte hergestellt werden können. Neue Industriezweige wie die Mikroelektronik und die Informationstechnik beschleunigten diese Tendenz noch weiter. Diese neuen Technologien schufen weitaus weniger Arbeitsplätze, als durch deren gesamtwirtschaftliche Anwendung wegrationalisiert wurden. Seit den 1970er Jahren taucht die Massenarbeitslosigkeit in den Industriestaaten auf, die in der Goldenen Ära des Kapitalismus in den sechziger und fünfziger Jahren kaum in Erscheinung trat.

(**Grafik 19**)



Zur Illustration dieser Entwicklung soll diese Grafik dienen, die den Abbau der Industriearbeiterschaft in den USA darstellt.

Die kapitalistischen Volkswirtschaften entwickelten sich folglich in **zwei verschiedene Richtungen**, um dieser systemischen Überproduktionskrise zu begegnen: Sie verschuldeten sich, um die besagte **Defizitkonjunktur** auszubilden, wie Griechenland, Spanien oder die USA. Oder sie versuchen, die Widersprüche der spätkapitalistischen Produktionsweise zu „**exportieren**“, wie es Deutschland, Südkorea oder Japan tun. Doch selbst der ehemalige „Exportweltmeister“ Deutschland durchlebte ja erhebliche Deindustrialisierungsschübe.

Schon immer gab es in der Geschichte des Kapitalismus einen Strukturwandel, bei dem alte Industrien verschwanden und neue hinzukamen, die wiederum Felder für Kapitalverwertung und Lohnarbeit eröffneten. Was passiert aber, wenn dieser Strukturwandel ins Stocken gerät? In dieser Hinsicht gleicht die heutige Krise durchaus der Krise von 1929. Ich möchte hierzu noch ein Zitat bringen:

„Wir haben die Produktion so erfolgreich vorangetrieben, sodass wir vor dem Problem stehen, wie die Güter, die wir produzieren, zu konsumieren sind. Wir sind genötigt, die Produktionsmaschinerie zu verlangsamen. Wir wagen nicht, ihre latenten Möglichkeiten zu entwickeln. Unsere Fortschritte im Export waren so groß, aber die Bedingungen der Welt setzten diesem Fortschritt ihrer Grenzen.“

Diese Worte sprach der langjährige Vizechef von General Motors, John Rascob, im Jahre 1930. Bei allen unterschieden in der Krisenpolitik zwischen den 1930er Jahren und heute, ist es meines Erachtens gerade diese strukturelle Überproduktionskrise der warenproduzierenden Industrie, die letztendlich die Ursache beider Weltwirtschaftskrisen bildet. Damals zeichneten sich mit der Massenmotorisierung der Industrienationen ja bereits neue Industriezweige ab, die als Leitsektoren der Wirtschaft dienten. Ist dies heute ebenfalls der Fall?

(III) Was tun?

Mit dieser Frage möchte ich zum **letzten Abschnitt meines Referats** kommen, zur Diskussion von Handlungsoptionen und Alternativen.

Diese Fragestellung nach einer der Krise adäquaten Praxis ist aufs Engste verknüpft mit der Entwicklungsperspektive des kapitalistischen Systems selber. Ist dessen Reform noch möglich, oder müssen wir uns auf die Suche nach Systemalternativen begeben?

Eine Entwicklungsperspektive hätte der Kapitalismus bei **Ausbildung der besagten, neuen Leitsektoren der Wirtschaft**. Bis weit in die Achtzigerjahre hinein bildete ja der Fahrzeugbau einen solchen Leitsektor. In Deutschland hat sich von dieser dominanten Stellung ja noch viel erhalten. Offensichtlich ist die Ausbildung solcher neuen Industriezweige aber nicht in Sicht. Selbst bei den Umwelttechnologien, deren Durchsetzung zur ökologischen Transformation unserer Gesellschaft beitragen könnte, finden sich kaum Industriezweige, die massenhaften Arbeitseinsatz erfordern. Solarzellen werden nicht so arbeitsintensiv hergestellt, wie beispielsweise Autos in den sechziger Jahren.

Eine weitere Perspektive hätte das kapitalistische Weltsystem auch dann, wenn **China in die Rolle der Vereinigten Staaten schlüpfen würde, und als globaler Konjunkturmotor die Weltwirtschaft antriebe**. Auch diese Option ist angesichts der ungeheuren Widersprüche des chinesischen Wachstumsmodells mehr als zweifelhaft. In der Volksrepublik stößt der kapitalistische Wachstumszwang vor allem auf ökologische Grenzen. Es ist schlicht unmöglich, dass China denselben Stand an Ressourcenverbrauch und Energieverschwendung erreicht, den die Vereinigten Staaten Jahrzehntlang aufrecht erhielten.

Am **Horizont** zeichnet sich folglich ein **gewaltiger ökonomischer Einbruch** ab, der schwerste Auswirkungen nach sich ziehen dürfte. Solange keine breite, antikapitalistische Bewegung vorhanden ist, die Strategien zur Überwindung dieses Systems zumindest diskutiert, ist dies eine erschreckende Perspektive. Die Zeit, sich Gedanken über Alternativen zur kapitalistischen Dauerkrise zu machen, wird langsam knapp. Neben den bereits erläuterten Konjunkturprogrammen, haben auch staatliche **Aufwendungen in Billionenhöhe zur Reanimierung der Finanzblasenökonomie** beigetragen. Der derzeitige Aufschwung auf den Aktienmärkten wurde ausgelöst durch umfassende Kreditgarantien der Staaten beim Interbankenhandel, durch eine historisch einmalige Ausweitung der Geldmenge und den massiven Kauf von faulen Wertpapieren und Staatsanleihen durch die Notenbanken. Sollte das Finanzsystem erneut in Schieflage geraten, dann haften wir alle mit astronomischen Summen. In den USA wird die Bruttoexposition des Steuerzahlers auf 23 Billionen Dollar geschätzt. In Großbritannien sind es zwei Billionen Pfund. In Deutschland haftet der Steuerzahler allein bei den Interbankenkrediten mit einer halben Billion Euro. Weitere Rettungsaktion für die Finanzmärkte kann es folglich bei dem Platzen der nächsten Blase nicht mehr geben. Die gerade an ihrer Schuldenlast erstickenden Staaten sind hierzu nicht mehr in der Lage. Meiner Überzeugung nach befindet sich das kapitalistische Weltsystem bereits in einer Phase des Zusammenbruchs, der Transformation. Ich schließe mich damit der Einschätzung des amerikanischen

Sozialwissenschaftlers Immanuel Wallerstein an, der die derzeitige Krisenabfolge als eine „**Ära des Übergangs**“ vom Kapitalismus zu einer anderen Gesellschaftsformation charakterisierte: „Wir können mit Zuversicht behaupten, dass das derzeitige System nicht überleben kann. Was wir nicht vorhersagen können, ist die Ordnung, die gewählt wird, um es zu ersetzen, weil dies ein Ergebnis von nahezu unendlichen individuellen Anstrengungen sein wird. Aber früher oder später wird ein neues System installiert werden. Es wird nicht das kapitalistische System sein, und es könnte auch viel schlimmer werden, oder auch viel besser als das derzeitige System. Die Auswahl eines neuen Systems ist der wichtigste globale politische Kampf unseres Zeitalters.“

Mit anderen Worten, es kommt auf uns an, was für eine Gesellschaftsordnung aus den Ruinen des in Agonie begriffenen kapitalistischen Systems aufsteigen wird.

Ausgehend von diesen Überlegungen möchte ich folgende konkreten Handlungsvorschläge zu Diskussion stellen:

Kurzfristig sollten sich fortschrittliche Kräfte sicherlich mit Forderungen nach **Umverteilung des Reichtums, nach Hebung der Massenkaukraft** in Deutschland Gehör verschaffen. Hiermit würden die Außenhandelsüberschüsse Deutschlands zumindest gemindert, die Binnennachfrage gestärkt. Diese ökonomischen Ungleichgewichte bergen selbstverständlich auch ein ungeheures politisches Konfliktpotenzial.

Zentral für die fortschrittlichen Gruppierungen müsste aber eine Strategie sein, die bereits jetzt auf die **Überwindung der kapitalistischen Logik** in unserer Gesellschaft abzielt.

Hierzu zählt selbstverständlich der Kampf um ein **bedingungsloses Grundeinkommen**, dass mindestens auf europäischer Ebene realisiert werden müsste. Ebenso unabdingbar ist der **Kampf um die Demokratisierung der Wirtschaft**. Die Produktion von Gütern und Dienstleistungen darf nicht mehr dem blinden und destruktiven Prozess der Kapitalakkumulation unterworfen sein.

Schließlich geht es aber auch um die Initiierung einer breiten gesellschaftlichen **Diskussion von Systemalternativen**. Dies ist vielleicht die schwierigste Hürde, die zu nehmen wäre: Es ginge darum, breiten Schichten der Bevölkerung klarzumachen, dass Alternativen zum bestehenden, krisenhaften Gang der Dinge möglich sind.